

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.
Abonnementspreis 1,00 Mark pro
Quartal exkl. Postgebühren. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Kottbuscherdamm 23 I.

Inserate
pro vierstellige Zeile 30 Pf.,
Stellenangebote 20 Pf.; für Ver-
bandsmitglieder 20 Pf., Veram-
lungsanzeigen zc. 10 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 29.

Berlin, den 20. Juli 1907.

23. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die in der Zahlstelle Berlin vorgenommene Wahl der Beisitzer zum Verbandsvorstand hat folgendes Ergebnis gezeitigt: Gewählt wurden die Kollegen Paul Schneider, Eugen Brückner, Paul Siegrist, Paul Schade, Albert Hoffmann und die Kollegin Frau Minna Schreihart.

Als Revisoren der Verbandskasse wurden gewählt: die Kollegen Fritz Freudenreich, Felix Markuse und Richard Schneider.

2. Die Wahl der Ausschussmitglieder in Leipzig ergab folgende Gewählte: Richard Krenpler, Hugo Bergmann, Max Schallig und Hermann Seb.

3. Wir haben noch eine große Anzahl von Verbandsplakaten vorrätig, die wir als Mittel bei der Agitation zur Berücksichtigung empfehlen.

4. Die Berichtskarten für das Kaiserl. Statistische Amt sind trotz direkter Aufforderung von den Zahlstellen Duisburg-Muhrort, Gmünd, Herford, Kattowitz, Konstanz und Posen nicht eingesandt worden. Es mußten also diese 6 Zahlstellen mit 147 männlichen und 57 weiblichen, insgesamt also 204 Mitgliedern, bei der Zusammenstellung unberücksichtigt bleiben.

Wir bitten die Bevollmächtigten, dieser Berichterstattung volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit wir künftig in der Lage sind, vollkommen lückenlose Zusammenstellungen liefern zu können.

5. Ausgeschlossen auf Grund des § 15b des Statuts wurde in Berlin der Preßer Hans Bratkow, Buchn. 67 701, aus Beeskow.

Der Verbandsvorstand.
S. A.: Roth.

Die Buchbinderei und verwandte Berufszweige im Jahresbericht der württembergischen Gewerbe- inspektoren.

fr. Nicht ganz so dürftig, als in Nr. 20 unserer Zeitung über die Berichte der preussischen und bayerischen Gewerbeberäthe referiert wird, ist die Ausbeute über die Beziehungen zur Buchbinderei in dem vor einiger Zeit erschienenen Bericht der württembergischen Gewerbeinspektoren. In einem Bande von reichlich 300 Seiten bietet sich der Bericht dar, in dem die uns besonders interessierenden Anmerkungen, der Anlage des Buches entsprechend, zwar sehr zerstreut sind, aber immerhin den Nachweis führen, daß man sich auch mit einer gewissen Sorgfalt, die die Berichte durchweg auszeichnet, einer nicht so im Vordergrund stehenden Berufsgruppe zugewendet hat. Von den preussischen Berichten, soweit sie mir bekannt wurden, unterscheiden sich die württembergischen Berichte, was soziale Auffassung und das Verhältnis zu den Arbeitern und ihren Organisationen anbelangt, durchaus, und was insbesondere die beiden Assistentinnen über die K i n d e r a r b e i t berichten, ist in schlechten

Worten ein Bild so erschütternder Tragik, daß sich die Wiedergabe in einem besonderen Artikel lohnt.

Die allgemeine Würdigung der Berichte ist von berufener Feder in Nr. 24 des „Correspondenzblattes“ der Gewerkschaften Deutschlands, auch insbesondere auf das Verhältnis zu den Arbeiterorganisationen, beleuchtet worden, so daß es hier untunlich erscheint; Interessenten werden auf die genannte Quelle verwiesen. Es sei hier nur berichtet, daß von den 9369 Betrieben mit 207 722 Arbeitern 8951 gleich 95,5 Proz. revidiert wurden. Im Bericht stoßen wir zuerst bei den allgemeinen Bemerkungen über Arbeitszeit auf 2 Fälle, in denen größeren Betrieben unserer Branche, die über neunstündige Arbeitszeit verfügen, bezüglich der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter besondere Erleichterungen dahingehend bewilligt wurden, daß die in der Gewerbeordnung vorgeschriebenen Pausen erlassen sind gegen anderweitige Entschädigung. In bezug auf die jugendlichen Arbeiter wird dann noch besonders hervorgehoben, daß das Zusammenarbeiten mit älteren Leuten in der Fabrik weit weniger sittliche Gefährdung als das Zusammenleben in dürftigen Wohnungen hat, und es wird in dieser Beziehung als Vorteil bezeichnet, daß durch die Abschaffung von Naturalverpflegung der Gehülfsen seitens der Organisation die Gefahr für die Lehrlinge vermindert wird.

Die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen hat sich neben anderen Gruppen auch in der Papierindustrie und im polygraphischen Gewerbe vermehrt. Die Zahl der bewilligten Ueberstunden ist in ersterer von 15,4 auf 16,2, bei letzterer von 9,5 auf 11,4 pro Arbeiterin und Jahr gestiegen. Ueber besondere Einrichtungen zum Schutze der Arbeiterinnen berichten die Assistenten, daß in zwei Seilbronner Geschäftsbücherfabriken die Paginiermaschinen mit elektrischem Antrieb versehen wurden bezw. werden sollen, was gegen den bisherigen Fußbetrieb zweifellos ein Vorteil in bezug auf gesundheitliche Schädigung des weiblichen Körpers ist. Eine Geschäftsbücherfabrik in Stuttgart hat für die an den genannten Maschinen beschäftigten Arbeiterinnen die Einrichtung getroffen, daß dieselben zu gewissen Zeiten für einige Tage andere Arbeit bekommen können.

Ueber Vergünstigungen zugunsten der Arbeiter berichtet der Beamte des 2. Bezirks, der vorzugsweise den Schwarzwaldkreis mit Reutlingen, Tübingen usw. umfaßt, daß zwei Buchdruckereien und Buchbindereien die neunstündige Arbeitszeit einführen, und zwar die eine statt der seitherigen 9 1/2 stündigen durchweg, die andere nur in der Buchdruckerei, dagegen in der Buchbinderei die 9 3/4 stündige. Ueber die Auslegung der Bundesratsverordnung betr. Buchdruckereien usw. war im gleichen Bezirk eine Meinungsverschiedenheit entstanden, da der Unternehmer die weniger als 20 Leute beschäftigende Abteilung Buchdruckerei so als Art Nebenbetrieb des Buchbindereifabrikbetriebes betrachtete und daher gewisse Vorschriften der Bekanntmachung nicht in die Arbeitsordnung

aufnahm. Nach längerer Belehrung hat die Firma den Widerstand aufgegeben.

Ueber die vorjährige Aussperrung unserer Kollegen in Stuttgart schreibt der Beamte des 1. Bezirks folgendes:

„Ein langwieriger Streik der Buchbinder wurde in 15 Großbetrieben in Stuttgart von 758 Arbeitern und Arbeiterinnen vom 21. Mai bis 30. Juli ausgetragen. Anlaß gab, daß in Berlin und Leipzig die Arbeiter wegen Maßregelung ihrer Mitarbeiter (Aussperrung auf 1 Woche) wegen der Teilnahme an der Maifeier in einzelnen Geschäften in den Ausstand getreten waren und bringende Arbeiten für die lahmgelegten Firmen von den Stuttgarter Prinzipalen des Verbandes deutscher Buchdrucker beiseite zur Ausführung angenommen wurden. Die Ausführung dieser Arbeiten als Streikarbeiten verweigerten die mit den Berliner und Leipziger Kollegen sich solidarisch fühlenden Stuttgarter Arbeiter, worauf diesen von ihren Arbeitgebern regelrecht gekündigt wurde. Die Kündigung hatte einen sofortigen Ausstand der betreffenden Arbeiter zur Folge und nur mit wenigen nicht dem Verband angehörigen Arbeitern konnten die Geschäfte weiterbetrieben werden. Während des Streiks stellten die Arbeiter verschiedene Forderungen zur Verbesserung ihrer Lage auf. Es kam schließlich zu einem neuen korporativen Arbeitsvertrag für Stuttgart, welcher bis zum 1. April 1907 eingeführt werden soll. Inzwischen ist ein provisorischer Vertrag vom 15./27. Juli 1906 in Geltung. — Vom Deutschen Buchbinderverband wurden die Ausständigen mit 99 283 Mk. unterstützt, während ihnen etwa 160 000 Mk. regelmäßiger Arbeitsverdienst verloren gegangen ist. Verhaftungen von Arbeitswilligen mußten in 14 Fällen durch die Polizei zurückgewiesen werden; in 10 wurde wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung der Kgl. Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet.“

Soweit die wörtlichen Ausführungen, die Wahrheit und „Dichtung“ in lieblichem Gemisch zeigen. Da unseren Kollegen der Sachverhalt bekannt ist, kann eine Widerlegung unterbleiben. Die Notiz scheint von der Polizei oder den Unternehmern, vielleicht auch von beiden herzurühren. Es ist besonders der Beamte des 1. Bezirks, der in solcher Weise über Lohnbewegungen berichtet, obwohl die anderen Gewerbeberäthe im Bericht wiederholt versichern, daß ihnen bei solchen Gelegenheiten die Führer der Organisationen bereitwilligst das angemessige Material überließen. Freilich, ein Grund für diese sich vom sonstigen Bericht eigenartig unterscheidende Darstellung ist vorhanden: das Bureau der Zahlstelle Stuttgart verfügt bis jetzt noch nicht über ein eigenes Telefon, wodurch eine bequemere Befragung möglich ist, wie sie alle anderen Inspektoren zu Zeiten machen. Da mit fortschreitender Entwicklung auch die Zahlstelle wohl noch zu einem Telefon kommt, ist zu hoffen, daß auch künftig im 1. Bezirk „attenmäßige“ Feststellungen mit Hilfe der Organisation erfolgen.

Aus dem 2. Bezirk wird der langwierige Streik in Reutlingen erwähnt und hierbei besonders hervorgehoben, daß sich die Parteien über die Regelung einiger auf Arbeitsräume und Reinigung bezügliche Wünsche dem Schiedspruch des angerufenen Gewerbeinspektors unterwerfen wollten, was denn auch erfolgte. Aus dem 3. Bezirk wird die Lohnbewegung in den

Göppinger Buchbindereien und aus dem 4. Bezirk die Tatsache erwähnt, daß dem „Arbeitsverband der Egel- und Unedelmetallindustrie und verwandter Hilfs-geschäfte“ in Gmünd auch einige Stuisfabrikanten als Mitglieder angehören.

Unter der Rubrik Betriebsunfälle werden besonders aus Kartonnagenfabriken mehrere Unfälle mitgeteilt. In einem solchen Fall verlor eine Arbeiterin die Fingerspitzen des zweiten bis vierten Fingers der rechten Hand an der Maschine zum Anfertigen von Wellenpappe, welche als Einlage in Flaschenetiketten gebraucht wird, dadurch, daß sie zwischen der angebrachten Schutzscheibe und dem Pressbock ein Einlauffstück befühlen wollte. „Was sie damit bezweckte, konnte nicht klargestellt werden. Die Maschine ist mit den vorgeschriebenen denkbar besten Schutzeinrichtungen versehen, und es kann nur durch Leichtsinns oder völlige Gedankenlosigkeit ein Unfall vorkommen.“ — In einem anderen Falle wurden einem an der mechanischen Kniehebelpresse beschäftigten Arbeiter 4 Finger der rechten Hand abgequetscht. Der Verletzte hatte bei abgestellter Maschine eine Arbeit gerichtet und die Hand zwischen Drucktisch und Presse gehalten. In dem Augenblick wurde der Einrückhebel der Maschine von einem gerade herzutretenden Arbeiter, der um eine Hilfsleistung ersuchen wollte, ohne Absicht spielweise bewegt. Die Maschine kam in Gang und verursachte die genannte Verletzung.

Ueber die wirtschaftlichen Zustände wird aus dem 1. Bezirk berichtet, daß infolge des lebhaften Geschäftes in der Textilindustrie auch die von ihr abhängenden Industrien, namentlich die Kartonnagenfabriken, mit Aufträgen überhäuft waren, und daß sich die Arbeiterzahl vermehrte und deren Löhne wesentlich besserten. Leider ist die Vermehrung der Arbeiter und die Verbesserung der Löhne nicht ziffernmäßig belegt, was der Mitteilung größeren Wert geben dürfte, denn einstweilen scheint die Lohnaufbesserung nur infolge der guten Konjunktur nach mehrfachen Anzeichen und Beschwerden nicht recht glaubhaft. In einer Beziehung stimmen die Berichte alle überein, nämlich, daß die auf weibliche Arbeitskräfte eingerichteten Industrien nicht genügend Personal erhalten konnten. Aus diesem Grunde soll eine Papierfabrik die Sadern, d. h. Lumpen, für die Fabrikation gleich im geschnittenen Zustande bezogen haben. Andererseits wird aber ohne ein Wort der Kritik

erwähnt, daß in den zahlreichen Lederfabriken in Vadnang neuerdings die weibliche Arbeitskraft auch zum Zubereiten von „leichten“ Fellen benützt wird. Es wird aber schwerlich bei den leichten Fellen bleiben, wenn die Arbeiterinnen erst einmal eingerichtet sind. Am den Arbeiterinnenmangel zu beheben, sind an mehreren Orten südtiroler und italienische Arbeiterinnen „eingeführt“ worden, mit denen die Erfahrungen meist gut sein sollen.

Unter Wohlfahrts-einrichtungen wird u. a. die Tatsache erwähnt, daß die Firma Enßlin u. Raiblin in Neutlingen eine Privatkranken- und Sterbekasse eingerichtet hat, aus der die Angestellten ein verschiedenes abgestuftes Krankengeld erhalten, das aber mit der Leistung der Ortskasse den Lohn nicht übersteigen darf. Ohne Kommentar wird dann weiter berichtet, daß an Ledige im Fall einer Geburt und ebenso für die Folgen „geschlechtlicher Ausschweifungen“ eine Unterstützung nicht gewährt wird. — In Seilbron n überwiegt die Kiewertfabrik von Mayer der Arbeiterpensionskasse 2000 Mk., während bei der Geschäftsbücherfabrik von Bayer u. Schneider dortselbst die Pensionskasse auf Wunsch der Arbeiter aufgelöst wurde, da die Beiträge eine besondere Belastung bilden und die Kasse selbst eine Beschränkung der Freizügigkeit bedeute.

Aus der umfangreichen Statistik können wir nur einige Zahlen wiedergeben. So sind in der Papierindustrie 171 Betriebe vorhanden, die 4909 Arbeiter, 3296 Arbeiterinnen, 1016 junge Leute von 14 bis 16 Jahren und 36 Kinder beschäftigten. Gesamtzahl 9257. Im polygraphischen Gewerbe ohne Buchdruckereien sind 57 Betriebe mit 696 Arbeitern, 205 Arbeiterinnen, 183 junge Leute und 7 Kinder vorhanden; Gesamtzahl 1091. In 259 Buchdruckereien und Schriftgießereien sind 3719 Arbeiter, 1287 Arbeiterinnen, 472 junge Leute und 32 Kinder vorhanden; Gesamtzahl 5510. Die Zahl der in den einzelnen Branchen Beschäftigten ist aus solchen Statistiken nicht ersichtlich. Für die Buchbinderei usw. kommt noch hinzu, daß sie als Nebenbranche in vielen anderen Industrien geführt wird und daher sehr schwer nachweisbar ist. Zuwiderhandlungen gegen Arbeiterschutzbestimmungen kamen in 15 Betrieben der Papierindustrie, sowie in 53 Buchdruckereien und 4 sonstigen polygraphischen Betrieben vor. Die Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen sind in

13 Betrieben übertreten worden, über die Strafen wird nichts mitgeteilt.

Soweit die Berichte, die, wie eingangs betont ist, nicht so dürftig als die in den früher angezogenen Bundesstaaten sind, aber unsere Kollegen nicht vollauf befriedigen können. Aus der Papierfabrikation hätten sich noch einige Tatsachen anführen lassen können, was aber in Rücksicht auf den Raum unterbleiben mußte. Einige spezielle Gebiete seien der Besprechung noch vorbehalten.

Lohnerhöhung und Preissteigerung.

Sagt einer heut auf hohem Rednerpult Mit etwas Zungenkunst und Spiegelschichten: „Die Müllernechte sind an allem schuld, An allen Schädlichen und Schlechten.“ Und wiederholt im Lande weit und breit Den gleichen Satz mit kühler Ueberlegung, Dann haben wir in äußerst kurzer Zeit Die große Anti-Müllernechtbewegung. Ludwig Fulda.

1. Unter den vielen Argumenten, die von den Gegnern der Arbeiterchaft gegen diese ins Feld geführt werden, erfreut sich eines unter fast allen Bevölkerungsschichten einer besonderen Popularität: es ist die immer wieder gegen alle gewerkschaftlichen Verbesserungsbestrebungen als Haupttrumpf ausgespielte Behauptung, daß jede Lohnerrhöhung, die von den Arbeitern den Unternehmern abgerungen werde, sofort wieder eine Steigerung der Preise der davon betroffenen Warengattung bewirke, so daß die Arbeiter eigentlich auch von einem erfolgreichen Streik feinerlei nennenswerten Vorteil besitzen. Diese Auffassung gewinnt notwendigerweise um so mehr an Boden, je rascher infolge von oft verschiedenartigen Ursachen die Preise der Bedarfsartikel steigen und je bitterlicher daraus die Stimmung immer breiterer Volksschichten wird. Wenn daher auf dem letzten christlich-sozialen Reichsparteitag in einem geistreichen Vortrage über „Die Arbeiterfrage“ dieses Spiekerargument frisch aufgewärmt wird, dann liegt darin nicht bloß sozialpolitische Unwissenheit, sondern ein gutes Stück berechnende und auf die gegenwärtige Stimmung spekulierende Demagogie. Wollte man freilich bei derartigen leichtfertigen Argumenten von logischen Folgerungen reden, dann müßte man niedrige Arbeitslöhne als ein wahres Glück preisen, da sie zu gleicher Zeit ein Sinken der Preise bewirken müßten. Nach der christlichen „Sozialpolitik“ des Refe-

Münberger Nachlese.

Von Spektator.

Mit großer Freude erinnern wir uns alle der niedlichen Schnitzer, die unserem Lehrer im Eifer der freien Rede unterliegen, und mit ebensolcher Freude erinnern wir uns der Siebe, die es setzten, wenn wir ihm die Redeblüten fein sorgsam und wortgetreu an die Wandtafel geschrieben hatten. Mittlerweise sind die Redeblüten gelahrter Herren zu einer ständigen Rubrik geworden, wenigstens in den Wäntern, die in kinderreichen Pastorenhäusern nicht (öffentlich) gelesen werden.

War manche dieser „Blüten“ sind zu regelrechten Schlagwörtern geworden. Wenn wäre z. B. nicht bekannt, was Prinz Neuter als schelmischer Prinsmann seinem Zenenser Professor Galletti alles rath — notiert hat! Man lacht noch heute wie vor 55 Jahren aufs herzlichste, wenn man liest, was Galletti gesagt:

„Als Maria Stuart hingerichtet war, erschien die Königin Elisabeth im Parlament, in der einen Hand das Schnupftuch, in der anderen die Tränen. Beim Ueberfall von Hochstich schwallten die Preußen die bloßen Sättel über die Hemden und ritten in aller Eile zum Tore hinaus.“

So trat also der König seinem Sohne den östlichen Teil seines Lebens ab.

Maximilian I. hatte die Hoffnung, den Thron auf seinem Haupte zu sehen.

Erst tötete Magnentius sich und dann seine Mutter.

Als Amsterdam erbaut wurde, kamen die Quadersteine von Pirna auf der Elbe herbeigeschwommen.

Ja, man darf nur an den Besub denken, wenn man wissen will, wann Minius gelebt hat.

Die bibliinischen Widier sollen auf Papyrusstaude geschrieben worden gewesen sein.

Der 29. September war für Italien und Frankreich ein sehr wichtiger Monat.

Naja und Hallungen sind zwei Dörfer auf dem Thüringer Walde; Naja hat 400 Einwohner; darin frecken die Seelen von Hallungen (s. Gallettis Beschreibung von Thüringen).

Alexander würde noch ganz Asien erobert haben, aber er wird nächster Tage sterben.

Als der Großwesir am anderen Morgen aufstand und sah, daß er keinen Kopf mehr hatte — ja so, das geht nicht!

Also der berühmte Gotthard Schulmann. Er soll durchaus mitgelacht haben, als man ihm eines Tages einen Stoß dieser lustigen „Gallettiana“ auf den Schreibtisch legte. Dasselbe werden hoffentlich alle diejenigen Delegierten tun, die sich im folgenden in irgend einer zwar nicht so geistreichen, aber jedenfalls niedlichen Redeblüte wiedererkennen sollten. Es gab ihrer in Nürnberg Legionen. Die originellsten seien unseren Lesern als Illustration des Eifers ihrer Delegierten nachserviert:

Das höchst dröllige Aussprechen von Fremdwörtern lassen wir ungelöst. Man weiß auch so, was der Berliner Delegierte meinte, als er ständig von der „Don-Schalanke“ sprach, mit der der Verbandsvorstand gearbeitet, und auch, was der eifrige Bekämpfer der „Berliner“ meinte, der pathetisch den Verbandstag warnte, sich von den Berlinern „chnkschühren“ zu lassen. Auch wenn ein Vertreter unserer höchsten „Behörde“ ständig von „Lohlerisch veranlagten“ anstatt von „cholertischen“ Leuten sprach und ein Westdeutscher sich am Klänge des Wortes „Lokal-Patriotik“ berauschte, so war das alles noch wenig lustig.

Lustig wurden die Blüten erst, als ein Berliner verschlug, die Kleinen Zahlstellen „auf eine (mit beiden Händen zeigend) ziemlich große, hohe Höhe zu bringen“ und ein hider Herr aus Mitteldeutschland (mehrmal ist er auch im Norden, Osten und Westen)

mit Stenorklirre donnerte: „Woraus refrutiert sich denn die Konsequenz?“ Da erst begannen wir auch, unter Assistent vorzüglicher Mithörer, die besten Erzeugnisse solchen Redecifers auf dem Notzblock festzuhalten. Was dann folgte — hier ist es:

Ein alter Kollege aus dem Herzen Deutschlands, der für „seine“ Stadt als Sitz des Verbandes eintrat, wird nach Ablauf der Redezeit vom Vorsitzenden mit dem Glockenzeichen unterbrochen. „Bin ich schon fertig?“ fragt er verblüfft, und von allen Seiten sieht man ihn an. Man gab ihm einen Spiegel, und er sah, daß er „tatsächlich fertig“ war.

Einer von der Waterkant begann: „Ich wende mich zunächst gegen den Hamburg, den Antrag eingebracht hat.“ Einige böshafte Delegierte lachen, worauf der Redner zornig fortfährt: „Na, ich werde mich doch noch gegen einen Hamburg aussprechen können, den Antrag selbst eingebracht hat!“

Einen Krebschaden des Verbandes entdeckte der eifrige Berlinervernichter aus Nordwesten. Am Schlusse einer heftigen Rede, in welcher er „konstatiert“, daß sich „endlich eine gefunden“ habe, der es mit den „Berlinern“ aufnehmen (er selbst nämlich), rief er aus: „Deshalb muß ich den Vorwurf gegen die Mitglieder des Verbandsvorstandes erheben, daß sie sich haben Hühneraugen wachsen lassen, die unter jedem Witterungseinfluß leiden.“

Auf die Idee, deshalb dem Verbandsvorstand einen Hühneraugenoperateur als gesundheitlichen Beirat zu bewilligen, ist leider niemand gekommen.

Bereits Dreiviertelstunde tagte schon der Verbandstag, da erfuhren wir, daß wir uns in den unrichtigen Verhandlungen befanden. Der Präses meinte nämlich: „Wenn wir nachher in die richtigen Verhandlungen eintreten.“ Ganz richtig ist's aber mit ihnen nicht geworden.

Ein Delegierter, der die Spitze der „Fraktion Berlin“ (bildlich) mimte, meinte treuherzig: „In

renten wird diese Argumentation auch damit gerechtfertigt, daß „hohe Löhne keineswegs immer für die Arbeiterklasse nutzbringend sind“, wes-

halb der Streit in den meisten Fällen als direkt schädlich und nachteilig bezeichnet werden muß. Danach sind es also die Arbeiter, die an allem Uebel schuld sind, wenn sie ihre Forderungen nach höheren Löhnen geltend machen und man wird bei der auf solch geistreiche Art geäußerten Arbeiterbewegung unwillkürlich an die unfernen Ausführungen vorangestellten Worte Fuldas erinnert.

Der Einwand, der hier den Bestrebungen auf höhere Arbeitslöhne entgegengehalten wird, hat nun allerdings seine Wurzel in der alten bürgerlichen Wirtschaftslehre, wonach der Lohn dem zur Produktion bestimmten Kapital entnommen wird und wonach, wenn diese Lehre richtig wäre, der Kapitalist lediglich aus Humanität, als vorzuziehender „Brotvater“ für seine Arbeiter sich der Gütererzeugung widmen würde.

in der Regel ein Druck auf die Technik der Arbeit, und zwar ein Druck von unten nach oben, ein Drängen und Schieben nach beständigem Fortschritt; nur wo ein absolutes Monopol jede Konkurrenz aufgehoben und die Preisbestimmung zu einer Sache freier Willkür gemacht hat, würde der erhöhte Lohn die Arbeitsweise völlig unberührt lassen können.

Zu dieser Tatsache, auf die übrigens der bekannte schweizerische Fabrikinspektor Schuller gleichfalls in seinen Berichten hingewiesen hat, liegt der bleibende Kulturwert einer jeden von den Arbeitern erkämpften Lohnerhöhung. Sie wird zum Stimulus der Produktionstechnik und drängt allen Fortschritt in sichere Bahnen.

*) Ed. Bernstein: „Der Streit“. Verlag von Rütten u. Loennig. Frankfurt a. M.

Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1906.

II.

Die im Jahre 1906 erteilten Auskünfte betrafen Arbeiterversicherung in 114 920 Fällen, Arbeits- und Dienstvertrag in 60 497 Fällen,

Ein anderer Vertreter des Bureau, der gerade eine Redeblüte notierte, erhält plötzlich das Wort zur Begründung eines Antrages. Er beginnt zu reden, ohne zu wissen, welchen Antrag er zu begründen hat und bis es ihm glücklich einfällt, hat er nach Aufzeichnung des Stenographen folgendes Satzungeheuer gebredelt:

„Der Antrag will diejenigen kleinen Zahlstellen berücksichtigen, die, wie wir vorausgesehen haben, jetzt bei den morgigen Beschlüssen eintretenden schwereren Bestimmungen Rechnung zu tragen . . .“

Ein „klarer Kopf“ aus Berlin trat gegen einen Antrag mit den Worten ein:

„Die Ungerechtigkeiten treffen die kleinen Zahlstellen, die davon nicht berücksichtigt werden. Die Zahlstellen können doch nicht dafür, daß sie klein sind.“

Selbst in der letzten Viertelstunde wurden noch liebliche Entgleisungen geliefert. Einer der Gäste des Verbandstages konstatierte, daß der Verbandstag uns „wieder einmal gezeigt“ habe, „wie wir uns in unseren Bewegungen zu bewegen“ hätten, und in der Schlussrede war davon die Rede, daß „die beschlossenen Beschlüsse hochgehalten werden“ müßten . . .

Wenn man bedenkt, daß ein gelehrter Galletti fast nie, ein Delegierter aber fast stets unvorbereitet, aus dem Stegreif redet, so fällt ein solcher Vergleich sehr ungunstigen des Professors aus. Mäge man deshalb allseitig diesen Strauß Redeblumen, gepflückt in der herrlichen „Rosenau“, als das betrachten, was er sein soll: Ein kleines Andenken an die Arbeit in der prächtigen Stadt Hans Sachs und Albrecht Dürers, an die Stadt der kleinen Würstel und der großen Maßfrügel! Stoll! Eijen! Profit!

Berlin kann man im abstrakten Sinne von einer Eskitruppe nicht reden.

Der behäbige Kollege aus Mittel-West-Nord-Ost-Deutschland: „Die Berliner glauben, sie könnten Wurzeln wachsen lassen und sich dann darauf als blühende Weiden sehen.“

Derselbe: „Wir sind doch hier keine Bub'n, die sich nicht einmal das Hinterteil aufknöpfen können.“

Derselbe: „Den Antrag Getrost will ich gern den Berlinern 1200 Delegierte zubilligen.“

Derselbe: „Mit dem Zurückziehen der Abgeordneten ist ein Amendement entstanden.“

Ein viel Angegriffener, dem man auch das Fehlschlagen der Kämpfe aus Anlaß der Maifeier 1906 in die Schuhe schieben wollte, verteidigte sich:

„Ich bin nie dafür eingetreten, daß der 1. Mai radikal gefeiert werden solle!“ Meinte er, der 1. Mai solle revisionistisch gefeiert werden?

Derselbe, als der Antrag kam, an Verhaftete auch Unterstützung zu zahlen: „Der Verbandsvorstand kann Ihnen erklären, daß er in bezug auf Freiheitsstrafen durchaus nicht knauserig gewesen ist.“ Ich werde im Stenogramm nachsehen, ob ich etwa vor „Freiheitsstrafen“ die Worte „Verhängung von“ überhört habe. Wenn ja, denunziere ich den Mann sofort bei der Staatsanwaltschaft wegen widerrechtlicher Annahm eines Richteramtes . . .

Ein Berliner mit dem Namen eines Wittelschwortes: „Im übrigen können doch schließlich auch die Provinzkollegen in ganz guten Buff verdragen . . .“ Die Dresdener und Leipziger feigten, weil man bei ihnen gewisse — vergnügte Käufer „Buff“ nennt. Aber das war sehr unrecht von ihnen, der Redner hatte etwas anderes gemeint.

Ein süddeutscher Kollege, der als seine Unterschrift stets nur vier Buchstaben hergab, hatte in Dresden gehört, daß „von Berlin aus eine frische Brise wehen“ solle. Da er kein gelehrter Seefahrer war, verwechelte er die Brise beim Schnupfen und

meinte: „Da sollte durch den neuen Vorstand eine frische Brise wehen — es kam aber starker Tabak.“ Nachdem dieser Delegierte dann seiner „reintlichen Ueberzeugung“ Ausdruck gegeben, fuhr er fort: „Es wurde dann auch der neue Vorstand angezogen.“ Ob er vorher nackt war, erfahren wir leider nicht mehr, denn die Glocke des Präsidenten schnitt ihm den Faden der Rede ab. — In der Nachsitzung des vorletzten Tages deklamierte ein Berliner: „Es ist verfehlt und es heißt die Umstände direkt auf den Kopf stellen, wenn behauptet wird, Berlin sei . . . usw.“ Und weiter: „Um Sie doch den Tatsachen die Ehre der Wahrheit an!“

Ein Bayer, der früher lange in Dresden gewesen, trat für Annäherung an andere Verbände ein und meinte, es seien „schon jetzt 13 Verbände da, die ihre Gewerkschaften verschmelzt“ hätten.

Aber auch im Bureau des Verbandstages, das übrigens zum Staunen aller in mer „einzig“ war, haufte der Lapsus linguae in origineller Weise. Wir lesen da in unseren Notizen:

„Solweit die vorhandenen Gründe vorhanden sind, ist kein Grund vorhanden, anzunehmen, daß . . . usw.“

Ferner: „Die Behörden, die auf dem Parteitage in Mannheim, wenn auch nicht offiziell, so doch offiziös vertreten waren . . .“

Und weiter: „Der Antrag vom Dresdener Verbandstage betr. der Diäten soll wohl zur wohlwollenden Umänderung nach oben empfohlen werden?“

Derselbe: „Man n fällt mir etwas ein!“ (Nebenbei gesagt: Da war's auch die höchste Zeit, denn der Verbandstag lag in den letzten Jügen.)

Derselbe: „Dem Verbandstag wird ja der Antrag liberal, aber nicht allzu liberal ausgelegt werden.“

Derselbe: „. . . hier gehört deshalb einer her, der moralisch veranlagt ist.“

Bürgerliches Recht in 112 426 Fällen, Strafrecht in 30 067 Fällen, Arbeiterbewegung in 10 064 Fällen, Gemeinde- und Staatsbürgerrecht in 42 234 Fällen, Gewerbewesen und Privatversicherung in 5511 Fällen, Sonstiges in 6542 Fällen. Prozentual verteilen sich die Fälle der Auskunftserteilung folgendermaßen: Arbeiterversicherung 30,1 Proz., Bürgerliches Recht 29,4 Proz., Arbeits- und Dienstvertrag 15,8 Proz., Gemeinde- und Staatsbürgerrecht 11,0 Proz., Strafrecht 7,9 Proz., Arbeiterbewegung 2,6 Proz., Gewerbewesen und Privatversicherung 1,4 Proz. und Sonstiges 1,8 Proz. Das Gebiet der Arbeiterversicherung sieht also wieder prozentual an erster Stelle, ihm folgt erst an zweiter Stelle das umfangreiche Gebiet des Bürgerlichen Rechts. Von dem gesamten Gebiet der Arbeiterversicherung ist es wiederum die Unfallversicherung, die die Arbeitersekretariate am meisten beschäftigt. Von den 114 902 Auskünften in bezug auf Arbeiterversicherung kommen auf die Unfallversicherung 70 183, Krankenversicherung 20 361, Knappschaftsweisen 3470, Invalidenversicherung 20 906. Auf die Unfallversicherung entfallen also 61,1 Prozent der Auskünfte in bezug auf Arbeiterversicherung. Von den während der Jahre 1901 bis 1906 in bezug auf Arbeiterversicherung erteilten 440 003 Auskünften kommen auf Unfallversicherung 260 025 gleich 59,1 Proz., Invalidenversicherung 83 419 gleich 19,0 Proz., Krankenversicherung 82 567 gleich 18,8 Proz. und Knappschaftsweisen 11 724 gleich 2,7 Proz. Aus der folgenden Tabelle ist ersichtlich, daß sich das Verhältnis immer mehr zumungunsten der Unfallversicherung verschiebt. Während der Prozentfuß in der Gruppe Unfallversicherung sich in aufsteigender Linie bewegt, sehen wir bei Krankenversicherung und Invalidenversicherung den Prozentfuß geringer werden.

Die Ursachen dieser Erscheinung sind wohl hauptsächlich darin zu suchen, daß infolge des steigenden Einflusses der organisierten Arbeiterschaft auf die Verwaltung der Ortskrankenkassen eine gerechtere und humanere Handhabung des Krankenversicherungsgesetzes und der Rassenstatuten sich bemerkbar macht und so immer weniger Anlaß zu Klagen gegeben wird, daß ferner auch durch die Aufklärung in den Gewerkschaften die Arbeiter mit den Bestimmungen der Versicherungsgesetze vertrauter werden und in die Lage kommen, ihre Rechte ohne Zuhilfenahme eines Arbeitersekretariats zu wahren. Was aber die gesteigerte Inanspruchnahme der Sekretariate mit Unfallsachen betrifft, so liegt die Sache hier gerade umgekehrt. Einestheils scheint das Prinzip der Rentenquetschen immer krasser zutage zu treten, während die Arbeiter, das Unrecht immer mehr erkennend, mit Hilfe der Arbeitersekretariate ihre Rechte geltend zu machen suchen. Und gerade hierbei zeigt es sich, wie unentbehrlich die Arbeitersekretariate geworden sind und wie notwendig die Errichtung weiterer derartiger Institute ist.

Das Resultat der von den Sekretariaten vertretenen oder bearbeiteten Klagesachen wurde denselben in 8871 Fällen bekannt, von denen 4831 erfolgreich, 1203 teilweise erfolgreich und 2837 erfolglos waren. Von den mit vollem oder teilweisem Erfolge vertretenen 6034 Fällen betrafen die Unfallversicherung 2589, die Krankenversicherung und das Knappschaftsweisen 532, die Invalidenversicherung 333, Arbeits- und Dienstvertrag 1097, Gewerbeaufsicht 147. Der größte Erfolg wurde also bei der Unfallversicherung erzielt, denn von sämtlichen mit Erfolg vertretenen Klagesachen bezogen sich 42,9 Proz. auf die Unfallversicherung. Kranken- und Invalidenversicherung und Knappschaftsweisen sind zusammen mit nur 14,3 Proz., Arbeits- und

Ueber die von den Gewerkschaftskartellen unterhaltenen Auskunftstellen lagen für das Jahr 1905 aus 111 Orten Angaben vor. Von 91 dieser Auskunftsstellen wurden insgesamt 20 572 Auskünfte erteilt. 1906 berichteten 116 Gewerkschaftskartelle über die Tätigkeit ihrer Auskunftstellen, von denen 102 insgesamt 22 167 Auskünfte erteilten. Der Nachweis der Tätigkeit unserer Auskunftstellen ist eine beachtenswerte Ergänzung der Statistik über die Tätigkeit der Arbeitersekretariate, was aus folgender Zusammenstellung sich ergibt:

Im Jahre 1906 wurden Auskünfte erteilt

in	Gesamtzahl	Davon in bezug auf						
		Arbeiter- versicherung	Arbeits- und Dienst- vertrag	Wä- rteres Recht	Strafrecht	Gemeinde- und Staats- bürgerrecht	Sonstige Sachen	
83 Arbeiter- sekretariate	382261	114920	60497	112426	30067	42234	10064	12033
116 Aus- kunftstellen	22167	6573	3882	3394	1236	1561	927	1885
199 Orten	404428	121493	64379	115826	31303	43795	10991	13938

* Für 2709 fehlten Spezialangaben.

Für das Jahr 1905 konnten wir über 178 Orte mit von Arbeitern errichteten Instituten berichten, in denen insgesamt 315 946 Auskünfte erteilt wurden. 1906 zählten wir bereits 199 solcher Orte und 404 428 Auskünfte.

Es erübrigt sich vollkommen, noch besondere Betrachtungen über den Wert der Arbeitersekretariate anzustellen. Diese haben ihre Unentbehrlichkeit längst selbst nachgewiesen. Als im Jahre 1894 die Nürnberger Gewerkschaften das dortige Arbeitersekretariat errichteten, ahnten sie sicher nicht, welchen Dienst sie der gesamten deutschen Arbeiterschaft damit erwiesen, indem sie ein Institut ins Leben riefen, dessen Wirken so ungeteilte Anerkennung fand, daß das Verlangen nach gleichen Einrichtungen binnen so kurzer Frist allgemein geworden ist. Bereits sind im Laufe dieses Jahres wieder einige Sekretariate errichtet worden, und zwar in Orten und unter Verhältnissen, die für den Fortbestand derselben bürgen. Die Errichtung weiterer Sekretariate ist in verschiedenen Orten noch für das laufende Jahr in Aussicht genommen, so daß wir im nächsten Jahre über den Bestand von etwa 100 Sekretariaten werden berichten können. Jede Eröffnung eines neuen, lebensfähigen Arbeitersekretariats bedeutet einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt der deutschen Arbeiterbewegung, deshalb müssen die darauf gerichteten Bestrebungen nach Möglichkeit zu fördern gesucht werden.

Die Frage eines mehr einheitlichen systematischen Vorgehens auf diesem Gebiete erscheint uns aber auch einmal einer Erörterung wert. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß im Laufe der letzten Jahre die Gewerkschaftskartelle verschiedener Orte in der Hoffnung, die Gewerkschaftsbewegung am Orte mit Hilfe eines Arbeitersekretariats auf ein höheres Niveau zu bringen, solche Institute errichteten, die nach kurzer Zeit, nachdem sie den Genossen am Orte mehr geschadet als genützt hatten, wieder eingehen mußten, weil die Vorbedingungen für die Erhaltung derselben nicht gegeben waren und deshalb von keiner Seite Unterstützung gewährt wurde; wenn wir demgegenüber sehen, wie in den entwicklungsfähigen Orten unsere Genossen die verzweifeltsten Anstrengungen machen müssen, um sich feste Stützpunkte für die Agitation zu erkämpfen, so erscheint uns der Zeitpunkt gekommen, wo auch hier regelnd eingegriffen werden könnte.

Auf Staatshilfe brauchen wir bei der Errichtung von Arbeitersekretariaten nicht zu rechnen, denn wir gründen Arbeitersekretariate nicht um ihrer selbst willen, sondern im Interesse der Arbeiterbewegung. Im Gefüge der Gesamtorganisation, als Teile des Ganzen sollen sie frei schalten und walten können, unabhängig von staatlicher Bevormundung. Von Arbeitern geschaffen und unterhalten, sollen sie im Sinne moderner Arbeiterbewegung dem arbeitenden Volke dienstbar sein.

L. Brunner.

Jahr	Erteilte Auskünfte in bezug auf Arbeiter- versicherung	Unfallversicherung		Krankenversicherung		Knappschaftsweisen		Invalidenversicher.					
		in Sekretariaten	Erteilte Auskünfte		in Sekretariaten	Erteilte Auskünfte		in Sekretariaten	Erteilte Auskünfte				
			Zahl	Proz.		Zahl	Proz.		Zahl	Proz.	Zahl	Proz.	
1901	46 983	28	27 526	58,7	28	9 648	20,5	—	—	28	9 764	20,8	
1902	57 586	32	33 416	58,0	32	10 377	18,0	2	1 246	2,2	32	11 683	20,3
1903	59 786	36	35 495	59,3	36	11 033	18,5	4	1 441	2,4	36	11 817	19,8
1904	71 487	47	40 741	57,0	46	14 278	20,0	5	2 316	3,2	47	12 748	17,8
1905	89 286	67	52 664	59,0	65	16 870	18,9	20	3 251	3,6	67	16 501	18,5
1906	114 920	88	70 183	61,1	88	20 361	17,7	39	3 470	3,1	88	20 906	18,1
Ca.	440 003	—	260 025	59,1	—	82 567	18,8	—	11 724	2,7	—	83 419	19,0

¹ Einschli. Knappschaftsweisen. ² Für 864 sind keine Spezialangaben gemacht. ³ Für 1404 sind keine Spezialangaben gemacht.

Deutlicher noch als in vorstehender Tabelle ist die zunehmende Belastung der Arbeitersekretariate mit Unfallsachen und die verminderte Belastung mit Krankenfällen in der folgenden Tabelle zu erkennen. Von den 1 493 556 insgesamt während der letzten 6 Jahre erteilten Auskünfte entfallen im Durchschnitt 17,4 Proz. auf Unfall- und 5,6 Proz. auf Krankenversicherung. Während nun der Prozentfuß bei Unfallversicherung im Jahre 1901 nur 15,8 beträgt, also wesentlich hinter dem Durchschnitt zurückbleibt, ist derselbe 1906 auf 18,3 gestiegen, hat also den Durchschnitt nicht unwesentlich überschritten, und bei der Krankenversicherung ist der Prozentfuß unter den Durchschnitt heruntergegangen.

Jahr	Gesamtzahl der erteilten Auskünfte	Davon in bezug auf			
		Unfall- versicherung		Kranken- versicherung	
		Zahl	Proz.	Zahl	Proz.
1901	173 548	27 526	15,8	9 648	5,6
1902	179 927	33 416	16,9	10 377	5,3
1903	205 906	35 495	17,2	11 033	5,4
1904	238 540	40 741	17,1	14 278	6,0
1905	295 374	52 664	17,8	16 870	5,7
1906	382 261	70 183	18,3	20 361	5,3
Ca.	1 493 556	260 025	17,4	82 567	5,6

Dienstvertrag und Gewerbeaufsicht zusammen mit nur 20,6 Proz. beteiligt.

Ueber die Rassenverhältnisse der Arbeitersekretariate im Jahre 1906 liegen Angaben von 68 Sekretariaten vor.

Aus laufenden Beiträgen der Gewerkschaften betragen die Einnahmen 248 319 Mk., Zuschüsse der Gewerkschaften oder der Kartelle wurden im Betrage von 56 950 Mk. geleistet. Aus der Kasse der Generalkommission kamen 13 132 Mk., aus Parteiorganisationen, Redaktionen und Genossenschaften insgesamt 16 089 Mk. Die Zuschüsse aus Staats- oder Kommunalstellen betragen 5330 Mk. Einschließlich 16 457 Mk. sonstiger Einnahmen betrug die Gesamteinnahme der 68 Sekretariate 356 277 Mk. verausgabt wurden an Gehältern und persönlichen Entschädigungen 179 600 Mk., Bureau- und Mietzinsen 22 166 Mk., Heizung, Gas und Beleuchtung 11 425 Mk., Bücher und Druckkosten 31 781 Mk., sonstige Ausgaben 37 553 Mk. Die Gesamtausgaben betragen 282 525 Mk. Die im Jahre 1906 für Arbeitersekretariate insgesamt aufgewendete Summe ist natürlich weit höher. Da von 15 Sekretariaten, worunter sich solche mit mehreren Angestellten befinden, wie Berlin, Hannover, Magdeburg, München, keine Angaben vorliegen, so ist das Bild, das wir über die Rassenverhältnisse der Sekretariate zu entwerfen vermögen, sehr unvollständig.

Die Krankenversicherung im Jahre 1905.

m. Eines der wichtigsten Gebiete des öffentlichen Fürsorgewesens ist die Arbeiterversicherung, und in dieser nimmt speziell die Krankenversicherung den ersten Platz ein. Die Aufgaben der Krankenkassen beschränken sich zwar auf die ärztliche Behandlung und geringe pekuniäre Unterstützung der Versicherten und eventuell ihrer Familienangehörigen, sowie auf die Bezahlung von Sterbegeld. Diese Unterstüzungen sind das Mindeste, was der Arbeiter in seinen schwersten Tagen, in der Krankheit nötig hat. Ist es ihm doch schlechterdings unmöglich, von seinem tagen Lohn Rücklagen für solche Zeiten zu machen und die Versicherung gegen Krankheit bedeutet für den Arbeiter deshalb Bewahrung vor physischem Elend und Untergang.

Die vom Staate durch das Krankenversicherungsgesetz errichtete Versicherung bietet zwar nur zum Teil Ersatz für die erhöhten Ausgaben bei Krankheit und vorerst ist eine Verringerung in dieser Beziehung nicht zu erwarten. Bei Einführung des Krankenversicherungsgesetzes war es der größte Uebelstand, daß die verschiedensten Klassenformen zugelassen wurden und daß die Möglichkeit des gleichzeitigen Bestehens unzähliger dieser Klassenarten nebeneinander gegeben ist.

Die Entwicklung der Krankenversicherung hätte einen ganz anderen Verlauf genommen, wenn die vielen Klassen nicht infolge ihres meist geringen Umfanges zur Unfähigkeit verdammt wären und die Klassen sich untereinander nicht die schwerste Konkurrenz bereitet hätten. Die vom Gesetzgeber den Unternehmern gegebene Möglichkeit, nach Belieben Betriebs- oder Zinnungs-Krankenkassen zu errichten, hat ferner nachweislich schon oft Ortskrankenkassen verhindert, ihre Leistungen auszubauen. Die starke Dezentralisation und die vielerorts herrschende Kleinigkeitskrämerei verhindern eine zeitgemäße großzügige Krankenversicherungspolitik.

Auf die Dauer ist die ungenühere Zersplitterung der Kräfte in der Krankenversicherung nicht aufrecht zu erhalten, sie verhindert fortwährend die Ausgestaltung, Gehung und Leistungsfähigkeit der Krankenversicherung und erweist sich allenthalben als Hemmschuh. Das zeigt sich auch bei der Zusammenstellung der Ergebnisse der Krankenversicherung, die das reichhaltigste Material enthalten, das jedoch infolge Fehlens einer einheitlichen Leitung nur mangelhaft und verspätet zusammengestellt wird.

So erscheinen jetzt nach Ablauf von 1 1/2 Jahren erst die Ergebnisse der Krankenversicherung für 1905 in dem zweiten „Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs“.

Nach den dort enthaltenen Angaben betrug Ende 1905 die Gesamtzahl der bestehenden Kassen 23 127. Seit drei Jahren hat die Zahl der Kassen bzw. Kassen eine Abnahme erfahren, die im Berichtsjahr 66 beträgt. Die Zahl der Mitglieder im Durchschnitt des Jahres betrug 11 184 476, der Zuwachs an Mitgliedern gegen das Vorjahr beträgt rund 474 000. Die Zahl der Mitglieder bei den Knappschaftskassen, für die ein spezialisierter Nachweis überhaupt nicht gegeben ist, wird etwa 720 000 betragen. Die Mitgliederzunahme trifft hauptsächlich, wie schon seit Jahren, die Ortskrankenkassen diesmal mit 299 000 Personen, die Betriebskrankenkassen nahmen im Berichtsjahr zu um 142 000, die Zinnungs-Krankenkassen um 15 000, die Gemeinde-Krankenversicherung um 11 000 und die eingeschriebenen Hilfskassen um 5000 Personen.

Die in den letzten Jahren erfolgte Abnahme der Kassen und die Zunahme der Mitglieder stellt sich wie folgt:

	Zahl der Kassen	Zahl der Mitglieder	Zunahme der Mitglieder
1901	23 064	9 641 742	—
1902	23 214	9 858 066	216 000
1903	23 271	10 224 297	366 231
1904	23 193	10 710 720	486 423
1905	23 127	11 184 476	474 000

Die Zunahme der Mitglieder war im Berichtsjahr nicht so stark wie im Jahre 1904, immerhin aber erheblich stärker als 1903 und 1902.

Der Gesundheitszustand der versicherten Personen hat auch im Jahre 1905 wieder eine weitere Verschlechterung erfahren. Die Zahl der Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit und die Zahl der Krankheitsstage sind gegen das Vorjahr nicht nur absolut, sondern auch relativ gestiegen. Die Zahl der Erkrankungsfälle betrug 4 451 448, die Zahl der Krankheitsstage 88 082 296. Die absolute Steigerung der Erkrankungsfälle und Krankheitsstage, wie sie in den letzten Jahren eingetreten ist, zeigt sich aus folgender Zusammenstellung:

	Zahl der Erkrankungsfälle	Zahl der Krankheitsstage
1901	3 617 022	66 652 488
1902	3 578 410	67 377 057
1903	3 782 020	71 726 598
1904	4 229 177	83 259 967
1905	4 451 448	88 082 296

Die Zahl der Erkrankungsfälle ist demnach im Berichtsjahr gegen 1901 um 834 426 gleich 23 Proz. größer gewesen, die Zahl der Krankheitsstage stieg um 2,14 Millionen oder um 32 Proz. Die Steigerung tritt ebenso deutlich in Erscheinung bei Umrechnung der Krankheitsfälle und Krankheitsstage auf einen Versicherten. Nachstehende Tabelle enthält diese Angaben und zugleich einen Ueberblick über die Krankheitskosten und Verwaltungskosten pro Kopf der Mitglieder. Es entfallen auf je ein Mitglied

	Erkrankungs-fälle	Krankheits-tage	Krankheits-kosten Mf.	Ver-waltungskosten Mf.
1901	0,88	6,91	16,94	1,07
1902	0,86	6,88	17,02	1,11
1903	0,87	7,02	17,69	1,16
1904	0,89	7,77	19,97	1,27
1905	0,40	7,88	20,76	1,27

Das Jahr 1905 übertrifft wieder alle seine Vorgänger sowohl im Hinblick auf die Erkrankungsfälle als der Krankheitsstage und Krankheitskosten.

Die Verwaltungsausgaben, die insgesamt 14 167 326 Mf. betragen, sind pro Kopf des Mitglieds im Berichtsjahre dieselben geblieben, einzelne Klassenarten verzeichneten jedoch eine Steigerung, so die Zinnungs-Krankenkassen von 2,21 Mf. auf 2,27 Mf. pro Mitglied, die eingeschriebenen Hilfskassen von 2,24 Mf. auf 2,31 Mf., bei den Ortskrankenkassen haben sich die Verwaltungskosten etwas verringert (von 1,96 auf 1,95 Mf. pro Mitglied).

Die ordentlichen Einnahmen der Krankenkassen (Zinsen, Eintrittsgelder, Beiträge, Zuschüsse, Ersparnisse, sonstige Einnahmen) betragen 266 912 673 Mf., darunter an Beiträgen und Eintrittsgeldern 250 351 868 Mf.

Die ordentlichen Ausgaben (Krankheitskosten, Ersparnisse, Verwaltungskosten usw.) beliefen sich auf 235 853 376 Mf., darunter Krankheitskosten 232 243 886 Mf., welche sich verteilen auf

ärztliche Behandlung	53 113 187 Mf.
Arznei u. sonstige Heilmittel	34 634 237 "
Krankengelder	102 816 975 "
Schwangere u. Wöchnerinnen	4 578 893 "
Sterbegelder	6 350 639 "
Anstaltsverpflegung	30 585 404 "
Fürsorge für Nebenbalanzenten	164 601 "

Die Ausgaben für ärztliche Behandlung und für Heilmittel sind unverhältnismäßig hoch und haben sich im letzten Jahresfrist in einer Weise gesteigert, die zu schweren Bedenken Anlaß gibt. Wie sich diese Ausgaben steigerten, geht aus nachfolgender Tabelle hervor:

	Zahl der Erkrankungsfälle	Ausgaben		im Durchschnitt pro Mitglied	
		für ärztliche Behandlung Mf.	für Heilmittel Mf.	f. ärztl. Behandl. Mf.	für Heilmittel Mf.
1901	3 617 022	35 686 010	26 194 989	3,69	2,72
1902	3 578 410	37 490 311	26 576 604	3,80	2,70
1903	3 782 020	40 765 699	28 905 813	3,99	2,82
1904	4 229 177	47 914 471	32 139 348	4,47	3,00
1905	4 451 448	53 113 187	34 634 237	4,76	3,10

Danach sind die Ausgaben für Arzt und Arznei in diesem Jahresfrist von 6,41 auf 7,86 Mf. pro Kopf der Mitglieder oder um 22 Proz. gestiegen. Insgesamt stiegen sie von 61,8 Millionen Mark im Jahre 1901 auf 87,7 Millionen Mark in 1905 oder um 36 Proz., während die Zahl der Mitglieder nur um 1,5 Millionen oder 13,8 Proz. und die Zahl der Erkrankungsfälle um 0,83 Millionen oder 23 Proz. zunahm. Man sieht, daß die Ärzte und Apotheker bei dieser Entwicklung nicht zu kurz kamen, daß aber eine solche Fortentwicklung auch eine direkte Gefahr namentlich für die Ortskrankenkassen ist. Diese werden nämlich weit mehr als z. B. die bürocratische Gemeindeversicherung von den Mehrausgaben für ärztliche Behandlung und Heilmittel betroffen.

Das Gesamtvermögen der Krankenkassen betrug 203,0 Millionen Mark gegen 190,9 Millionen Mark im Vorjahr, auf die Ortskassen entfallen 91,8 Millionen (Vorjahr 84,7 Millionen), auf die Betriebskrankenkassen 87,4 Millionen (83,8 Millionen) und die eingeschriebenen Hilfskassen 16,8 Millionen (16,3 Millionen Mark) Vermögen.

Das Krankenversicherungsgesetz war das erste der drei geschaffenen Arbeiterversicherungsgesetze (das Grundgesetz besteht seit 15. Juni 1883), trotzdem steht es heute noch, was seinen organischen Aufbau betrifft, weit hinter den anderen Arbeiterversicherungsgesetzen zurück.

Zu einer eingehenden, gründlichen Reform und zur Durchführung des allgemeinen Versicherungszwanges will man sich nicht verstehen, obwohl hierfür eine dringende Notwendigkeit besteht.

Internationales.

Aus Belgien. Die Nationale Föderation der belgischen Buchbinder, die Ende Mai zu Brüssel ihren zehnten Jahreskongreß abhielt, zählt jetzt im ganzen über 1100 Mitglieder in 13 Abteilungen. Auf dem Kongreß waren 24 Delegierte anwesend. Ein wertvolles Agitationsmittel hat die Föderation im vorigen Jahre durch die Gründung eines eigenen Organs gewonnen, das unter dem Titel „De Belgische Boefbinder“ erscheint, und zwar in zwei Sprachen: französisch und flämisch; damit jedem Mitgliede möglich gemacht wird, das Blatt in seiner Muttersprache zu lesen. Vorläufig erscheint „De Belgische Boefbinder“ oder wie der Titel französisch lautet: „Le Relieur Belge“, nur einmal monatlich; der Kongreß beschloß jedoch, daß Maßnahmen getroffen werden sollen, um ein zweimaliges Erscheinen möglich zu machen.

Der Beschluß über die Besichtigung der internationalen Buchbinderkonferenz in Nürnberg wurde einstimmig gefaßt. Ferner wurde auf dem Kongreß über Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit beraten. Aufklärende Artikel sollen darüber im Fachorgan erscheinen. Außerdem soll auch durch die Gesetzgebung eine allgemeine Verfürung der Arbeitszeit für alle graphischen Gewerbe angestrebt werden. Dem Vorstand der Föderation wurde der Auftrag erteilt, im Einverständnis mit den anderen Organisationen des Buchgewerbes eine allgemeine Urabstimmung aller in den Betracht kommenden Berufen tätigen Arbeitern anzuordnen, um so eine Grundlage für die Forderung der gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung zu gewinnen.

Aus den weiteren Verhandlungen ist besonders hervorzuheben, daß in Brüssel, Berviers und Aalst (Moft) Lohnbewegungen vorbereitet werden und die Zustimmung des Föderationsvorstandes bereits gefunden haben. In Brüssel sollen die Forderungen den Arbeitgebern im August zugestellt werden, und wahrscheinlich werden die Kollegen in den beiden anderen Städten zur selben Zeit vorgehen.

Korrespondenzen.

Nachstehende Firmen sind gesperrt: R. Priester u. Co., Luzuspapier- und Zeilulothwarenfabrik in Berlin, F. Gilg in Luzern und G. Wolfensberger in Zürich.

Vor Annahme von Arbeit in Darmstadt, Herford in Weßfalen, Kassel und Ulm ist zuvor beim örtlichen Bevollmächtigten Erkundigung nach den Arbeitsbedingungen usw. einzuholen.

Annaberg-Buchholz und Schma. Die hiesigen Kartonnagenarbeiter sind in eine Tarifbewegung eingetreten. Am 14. Juli wurde der ausgearbeitete Tarif den Fabrikanten unterbreitet und Antwort bis zum 22. Juli erbeten. Zugang ist fernzuhalten.

Berlin. Wegen eines von der Schlichtungskommission für die Eisbranche vom 16. Mai 1907 gefassten Beschlusses in bezug auf die Lohnstreitigkeiten bei der Firma C. Weissenborn, Eisfabrik, Berlin, hatten gemäß § 7 des bestehenden Tarifvertrages die beteiligten Arbeitnehmer das Einigungsamt angerufen. Dieses hat in einer Sitzung vom 13. Juni 1907 in der Sache folgenden Schiedspruch gefällt, dem sich die Parteien nach § 7 des Tarifvertrages vom 20. November 1905 zu unterwerfen haben:

„Nach Lage der Sache und in Anbetracht der Zeitdauer des Tarifes kann sich die Firma Weissenborn zur Begründung der Notwendigkeit, einen oder mehrere Arbeiter zwecks Erreichung des tarifmäßigen Durchschnittslohnes in ihrem Betriebe zu entlassen, auf wirtschaftliche Rücksichten desselben nicht mehr berufen.“

Die Inanspruchnahme einer Entlassung von Arbeitern in Rücksicht auf den Schiedspruch des Einigungsamtes vom 19. Februar 1906 ist daher als Inanspruchnahme einer Maßregelung anzusehen.

Der Beschluß der Schlichtungskommission vom 16. Mai 1907 wird aufgehoben, da Entlassungen solcher Art als Umgehungen des Tarifes zu betrachten sind.“

Saarbrücken. Auch ein Kollege. Zu diesem Thema schreibt uns eines unserer Verbandsmitglieder folgendes: Es war zu Beginn dieses Monats, als es plötzlich an die Werkstatt klopfte und auf Aufforderung ein schon bejahrter Mann hereinkam. Ich war gerade allein, denn der Meister war soeben zum Kaffee gerufen worden. Es entspann sich, bis dieser wiederkam, ein kurzer Disput, aus dem ich erfuhr, daß unser Besucher vor nunmehr 27 Jahren hier gelernt hatte.

Endlich kam der Meister wieder und da schallt es von den Lippen des Fremden: „Guten Tag, Herr M... ich bin der Sebastian Bruch, ein früherer Lehrling von Ihnen. Jetzt aber bin ich Beamter und im Oktober werde ich pensioniert. Dann setze ich mich in den Ruhestand nach Göttingen bei Saarbrücken. Ich bekomme 50 Mk. da pro Monat.“

Mein Meister wußte zunächst nicht recht, was er dazu sagen sollte und bemerkte er nur kurz, da habe er es besser als der Meister, er sei schon 67 Jahre alt geworden und könne sich noch nicht zur Ruhe setzen. Der Herr Beamte ließ sich jedoch nicht beirren und unentwegt fuhr er fort: „Ich habe mich in meiner Dienstzeit und dann, als ich Beamter wurde, tüchtig ausgebildet in der Buchbinderei und kam darum auch tüchtig arbeiten. Hatte schon mal ein Geschäft neben meiner Beamtenstelle. Da hatten sich die Meister an dem Ort beschwert, ich pusche ihnen ins Handwerk, da hab ichs wieder aufgegeben. Aber ich habe noch keine Lust zum Hummeln und wenn Sie mal etwas Arbeit für mich haben, dann denken Sie mal an mich. Wir brauchen Sie nicht so viel zu geben als ein Gehülfe. Ich bin mit 2,50 Mk. pro Tag vollständig zufrieden, es ist nur, damit ich etwas Zeitvertrieb habe.“ Ein kurzer Händedruck, und er verschwand wieder. Unmöglich ist's fast, daß es noch solche Leute gibt. Das war nun ein gelernter Buchbinder und dabei wußte er noch nicht einmal, was eine Pappschere und eine Stockpresse ist.

Ich werde also im Oktober mein Bündel schnüren, um meinem älteren „Kollegen“ Platz zu machen. Denn das Alter muß man ehren.

Woll (Wirttemberg). Am 6. Juli fand hier eine Versammlung statt, in welcher Kollege Vanzhaf-Stuttgart referierte. Notwendig gemacht wurde dieselbe dadurch, daß einzelne Kollegen, welche vor drei Wochen für den Verband gewonnen wurden, schon wieder etwas wankelmütig wurden. Gerade die Verärgerung der Fabrikanten über das Eindringen unseres Verbandes in ihr Gebiet sollte den Kollegen und Kolleginnen beweisen, daß sie auf dem rechten Wege sind. Die Fabrikanten wissen, daß ihrer rücksichtslosen Ausbeutung durch organisierte Arbeiter mit Erfolg entgegengetreten werden kann. Zu den hier bestehenden niedrigen Löhnen kommt noch schlechte Behandlung. Kam es doch vor, daß wegen Geringfügigkeiten jüngere Arbeiter sogar Schläge erhielten. Zum Lohn von 17 Pf. auch noch Schläge; wirklich jammerwürdige Zustände! Wer nicht Schlag 6 Uhr früh am Arbeitstisch steht, wird mit 20 Pf.

Strafe belegt. Wohin die Strafgebelde wandern, ist unbekannt. Arbeiterinnen bekommen die Ruhstunde nicht bezahlt. Bei 8—19 Pf. Stundenlohn ein wahrhaft kühnes Verlangen! Winderjährige mußten des öfteren schon über die bestehende 11stündige Arbeitszeit hinaus arbeiten. Da dürfte die Fabrikinspektion einmal nach dem Rechten zu sehen haben. Ein rasches Ende dürfte solchen Zuständen bereitet sein, würden sich alle Kollegen und Kolleginnen organisieren. Jedes Verbandsmitglied werde für den Verband. Auf das Wohlwollen der Arbeitgeber warten, hat keinen Zweck. Wenn selbst Werkführer nur 35 und 38 Pf. Stundenlohn bekommen, können die anderen lange warten, bis ihre bestehenden Wünsche erfüllt werden. Einigkeit und Geschlossenheit wird auch die Voller Kollegen und Kolleginnen zum Siege führen.

Dresden. In der am Sonnabend, den 13. Juli stattgefundenen öffentlichen Versammlung erstattete Kollege Lange Bericht vom Verbandstag. Er streifte die wichtigsten Beschlüsse desselben und betonte, daß in kurzer Zeit das Protokoll erscheint, in welchem dann ein jeder selbst alle Einzelheiten nachlesen kann. Seine vortrefflichen Ausführungen wurden noch von den Kollegen Valentin Köhl und Küspert ergänzt.

Da die Dresdener Kollegen mit ihren Verbandsstagswünschen ganz gut abgeklärt haben, entspann sich keine weitere Debatte, sondern es wurde seitens der Versammlung einstimmig den Delegierten für ihre Tätigkeit volle Anerkennung ausgesprochen.

Im Verschiedenen unterzieht Kollege Hamann die gelbe Gewerkschaftspresse einer scharfen Kritik. Er weist darauf hin, daß noch sehr viele Kollegen die Dresdener „Neuesten Nachrichten“ lesen statt die Arbeiterzeitung zu unterstützen. Sodann gab Schubert noch Verschiedenes aus den Innungsversammlungen zum besten.

Rundschau.

Die Wahlen zum Vorstand, deren Resultat bereits an anderer Stelle bekanntgegeben ist, ergaben: Paul Schneider 1470 Stimmen; Paul Siegrist 1117 Stimmen; Eugen Brüdner 1108 Stimmen; Paul Schade 1061 Stimmen; Albert Hoffmann 1009 Stimmen; Frau Minna Schreiber 992 Stimmen; Georg Wähler 780 Stimmen; Pauline Hieber 770 Stimmen; Paul Herzog 674 Stimmen; Leopold Jüncmann 620 Stimmen; Paul Friebling 399 Stimmen; Otto Schöne 110 Stimmen; Bruno Sommer 105 Stimmen. Gewählt sind die sechs Erstgenannten.

Die Wahl der Revisoren ergab Fritz Freudenreich 1701 Stimmen; Richard Schneider 1700 Stimmen; Felix Markuse 1580 Stimmen.

Löhnermittlungen für das graphische und Papiergewerbe. Die „Münchener Post“ macht hierzu die nachstehenden, auch für unsere Kollegenchaft höchst interessanten Ausführungen:

Wenn diese beiden Gewerbegruppen hier eine gemeinsame Besprechung erfahren, so war hierfür maßgebend einmal ihre nahe Verwandtschaft, andererseits der Umstand, daß die Arbeitnehmerorganisationen zum Teil Arbeiter beider Gewerbe umfassen.

Die Arbeitgeberangaben erstrecken sich, da für die Druckerei nur Schätzszahlen gegeben werden konnten, auf nur 400 Arbeiter (Buchbinder), die Arbeitnehmerangaben auf nicht viel weniger als die Gesamtzahl der 6500 Arbeiter der beiden Gewerbegruppen.

Die letzteren Mitteilungen sind als Grundlage für eine prozentuale Berechnung von Lohn und Arbeitszeit benützt worden; bei den sehr genauen und detaillierten Angaben, die sich gleichmäßig auf alle Kategorien erstrecken, sind die Resultate recht exakt, zumal wir es fast ausnahmslos mit Tariflöhnen zu tun haben; eine kleine Differenz zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerangaben ist nur in Einzelfällen gegeben.

Stück- und Wochenlohn sind nahezu die einzigen Lohnformen der graphischen Industrie, nur Farbenreiber erhalten Stundenlohn; dieser ist auch maßgebend für die Buchbinderei. Gänzlich unbekannt ist der Taglohn. Aus der Eigenart des Gewerbes, das wie kein anderes wohlgeordnete Grundlagen besitzt, ist dies verständlich; die Arbeiter sind dauernd beschäftigt und können deshalb nach einer zeitlich ausgedehnten Lohnfreiheit bezw. nach Akkordarbeiten, die lange Beschäftigung voraussetzen, entlohnt werden.

Als Lohnperiode kommt allgemein die Woche in Betracht. Jegendwelche Naturalentlohnung gibt es nicht.

Ueber die absoluten und prozentualen Wochen- und Jahresbedienste der graphischen Arbeiter und der Buchbinder äußert sich die Löhnermittlung: „Für Männer und Frauen wurden, um einen instruktiven Ueberblick zu gewinnen, gesonderte Tabellen angelegt. Scharf

scheidet sich Männer- und Frauenarbeit. Alle qualifizierten Berufe sind dem Manne vorbehalten. Die Arbeit der Frau als Einlegerin, Bogenfängerin, Güßlarbeiterin ist mechanisch, gewährt dem individuellen Können nicht zu viel Spielraum. Ganz folgerichtig sehen wir die Lohnklassen von 5—20 Mk. wöchentlich und 300—900 Mk. jährlich, innerhalb deren sich die Frauenarbeit bewegt, bei den männlichen Berufen fast gar nicht vertreten. Der Mindestlohn des Mannes entspricht dem Höchstlohn der Frau. Der Mann gelangt zu hohen Löhnen (fast 20 Proz. können einen Höchstlohn von 50 Mk. wöchentlich, 2300—2700 Mk. jährlich erreichen). Im Gegensatz zur Frauenarbeit, wo Höchst- und Mindestlohn kaum um 10 Mk. wöchentlich, 400 Mk. jährlich auseinanderliegen und bei der die Durchschnittslöhne im überwältigenden Mehrheit (92 bis 93,5 Proz.) in einem kleinen Rahmen von 5 Mk. bezw. 200 Mk. eingeschlossen sind, weist die Männerarbeit insbesondere in ihren Höchstlöhnen außerordentliche Ausbehnungsmöglichkeiten auf.

Die große Masse der männlichen Arbeiter erzielt Mindestlöhne von 20—25 Mk. wöchentlich (86,1 Prozent), 900—1100 Mk. jährlich (73,4 Proz.); Durchschnittslöhne von 25—30 Mk. in der Woche, (55,6 Proz.), 1300—1500 Mk. im Jahr (52,7 Proz.); Höchsteinkommen endlich von gleicher Höhe (65,3 Proz.). Wir müssen zwischen den eigentlichen Druckereiarbeitern und den übrigen graphischen Gewerker unterscheiden. In zwei Tabellen werden die Verdienste der einzelnen Arbeiterkategorien genau dargelegt. Die Buchbinderei steht an unterster Stelle — einige Ausnahmen —, das Druckergewerbe hält im allgemeinen die mittlere Linie ein. Nach Arbeiterermittelung liegen die Mindestlöhne für Schriftföhrer und Maschinenmeister etwas (nicht beträchtlich) höher.

Zu hohen Löhnen gelangen vor allem Chemigraphen, Lichtdrucker, Retoucheure, Photographen, Xylographen, Kupferdrucker, Lithographen. Wie weiter unten noch darzulegen sein wird, schwankt die jährliche Arbeitszeit nicht beträchtlich. Nur für Kupferdrucker ist sie wesentlich niedriger, der gute Wochenverdienst dieser Arbeiter sichert ihnen jedoch ein über dem Durchschnitt stehendes Jahreseinkommen. In allen eben genannten männlichen Berufen ist insbesondere die Spannung der Löhne, der Unterschied zwischen Mindest- und Höchstlöhnen, ein sehr großer. Er beträgt für das Jahreseinkommen bis zu 1000 Mk. Individuelle Verhältnisse, persönliches Können und persönlicher Fleiß spielen hier die größte Rolle; dies festzustellen ist interessant bei einer Industrie, welche in weitestem Maße den Tarifvertrag ausgebaut hat. Der Schluß liegt nahe, daß die Organisation der Arbeit in geringererem Maße, als man gewohnt ist anzunehmen, nivellierend auf Leistungen und Löhne wirkt.

Dagegen ist tarifvertragsmäßige Bindung sehr geeignet, eine gleichmäßige Arbeitszeit durchzusetzen. Dies trifft hier zu. Die Statistik kennt nur die 8 bis 9 1/2 stündige Arbeitszeit. Gewerbe für die qualifizierten Arbeiter der Verbielfältigungsgewerbe ist der Auktundentag häufig.

Gleichmäßig ist auch, wie schon erwähnt, die Jahresarbeitszeit; sie bewegt sich um 300 Arbeitstage im Jahr. Verschiedene der eingelaufenen Angaben enthalten übrigens einen ausdrücklichen Hinweis auf den flotten Geschäftsgang der letzten Jahre.

Kurz sei erwähnt, wie sich die Arbeitszeit im einzelnen verteilt: Der Sommer ist für das Gesamtgewerbe die stillere Zeit, jedoch sind sehr große Schwankungen, die zeitweise zur Arbeitslosigkeit, zeitweise zur Ueberarbeit führen, selten. Im Frühling ist Hochsaison der Chemigraphen, Kupferdrucker, Buchdrucker und Buchbinder; im Herbst und Winter Saison der beiden letztgenannten Gruppen. Kupferdrucker und Xylographen haben im Winter stille Zeit.

Die Tarifverträge des Gewerbes finden ihren vollendetsten Ausbau in dem deutschen Buchdruckerart, dessen glücklich zustandegekommene Erneuerung auch dem Münchener Gewerbe einen dauernden Frieden verbürgt. Das jüngste Abkommen für die Hilfsarbeiter der graphischen Gewerbe — eine Anerkennung von ungemainer Wichtigkeit — konnte hier noch nicht berücksichtigt werden.

Außerhalb dieser Branche bestehen noch folgende Tarifverträge im Gewerbe: Lichtdrucker, Retoucheure, Photographen, Präparateure, Lithographen, Stein-drucker, Chemigraphen, Kupferdrucker, Buchbinder (Männer und Frauen). Diese Verträge gelten für den weitaus größten Teil der Arbeiter (hier für circa 5300). Sie sind von den freien Gewerkschaften abgeschlossen und teilweise Fixmentarife. Die christliche Gewerkschaft hat einen Vertrag für Chemigraphen, Buchbinder, Kupferdrucker, Farbenreiber eingegangen. Genaue Daten über diese Verträge waren zurzeit nicht zu erlangen. Die eingehende Besprechung des Tarifvertrags in München wird einer selbständigen

Bearbeitung vorbehalten, bei der dann das vom Gewerbeamt München in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellte Material verwertet werden wird.

Der Verband der Buch- und Stein-druckerei-Gesellschaften hat nach dem eben erschienenen Rechenschaftsbericht des Vorstandes im Jahre 1905 sehr erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl stieg von 8086 auf 12 689, also um 4603, was einem Wachstum von 57 Proz. entspricht. Die weiblichen Mitglieder überwiegen, denn gegenüber 4792 Hilfsarbeitern sind 7897 Hilfsarbeiterinnen organisiert. Die Ausperrung, die über 14 Wochen währte, kostete dem Verband über 100 000 M. Außerdem wurden an Kranken- und Arbeitslosenunterstützung noch über 24 000 M. gezahlt. Der Kassenbestand betrug am 1. März 1906 39 467,78 M., am 1. April 1906 aber 64 264,88 M., und das trotz der außerordentlich hohen Ausgaben.

Ein am 1. Januar 1907 in Kraft getretener Vertrag, abgeschlossen mit den Unternehmern des Berufs, enthält in der Hauptfache folgende Bestimmungen: Die tägliche Arbeitszeit für das Hilfspersonal ist die im deutschen Buchdrucker-tarif festgesetzte. Die Höhe des Mindestlohnes ist den örtlichen Vereinigungen des Deutschen Buchdruckervereins (Prinzipalvereins) und den Zastellen des Hilfsarbeiterverbandes überlassen. Für Ueberstunden werden vergütet: An Werktagen für die beiden ersten Stunden 25 Proz., für die folgenden beiden 33 1/2 Proz., an Sonntagen für Reinigungsarbeiten 50 Proz., für produktive Arbeit 75 Proz., an den Feiertagen 100 Proz. Abzüge für Landes-gesellschaft, von den Behörden wie vom Geschäft angeordnete Feiertage sind nicht zulässig. Für Bronzier- und Funderarbeiten sowie für Abstauben wird eine Extrazuschüßigung von 5 Pf. pro Stunde gewährt, ausgenommen an staubfreien Maschinen. Die Kündigungsfrist ist mindestens acht, höchstens vierzehn Tage. Örtliche Schiedsgerichte schlichten etwa vorkommende Streitigkeiten, wenn sich die Tarifschiedsgerichte der Buchdrucker auf Ersuchen nicht dazu bereit erklären. Diese Vereinbarungen gelten für die jeweilige Dauer des Buchdrucker-tarifs.

Tarifverträge in Oesterreich. Ein interessantes Gegenstück zu der vor einiger Zeit erschienenen amtlichen Veröffentlichung über die Tarifverträge im Deutschen Reich bietet ein Bericht des öster-reichischen Handelsministeriums über die Entwickelung der kollektiven Arbeitervertrags-schließung in Oesterreich im Jahre 1906. Nach derselben waren im Berichtsjahre insgesamt 448 derartiger Verträge zum Abschluß gelangt, von denen allerdings der größte Teil, 247, Werkstattverträge waren, während nur 201 sich auf ganze Orte, Bezirke oder Landbestteile erstreckten. Die Tatsache, daß in den meisten Fällen erst die Opfer eines wirtschaftlichen Kampfes nötig sind, um einen Tarifvertrag zustande zu bringen, wird dadurch illustriert, daß 237 Verträge als direkte Folgen von Streiks abgeschlossen wurden. Immerhin war jedoch auch die Zahl der Verträge, die auf friedliche Weise zuwege gebracht wurden, im Verhältnis ziemlich beträchtlich; sie betrug 192. Wie bei uns, sind es auch in Oesterreich in erster Linie die Organisationen der Arbeitnehmer gewesen, deren Bemühungen die Ausdehnung der Tarifverträge zugunsten ist. Nur zwei Fälle sind bekannt geworden, in denen der Vertrags-schluß auf Vorschlag von Unternehmern geschah, und zwar im Baugewerbe. Den Gegenstand des Vertrages bildete in den meisten Fällen die Regelung von Arbeitszeit und Arbeitslohn, und zwar trat im großen Umfang das Bestreben zutage, nicht bloß eine Lohn-erhöhung, sondern eine nachhaltige Verbesserung durch Festsetzung von Minimallohn-löhnen zu erreichen, auf welche sich dann häufig (in 83 Fällen) ein Stücklohn-system aufbaute. In den meisten Fällen wurde auch die Frage der Entlohnung für Ueberzeit-, Nacht- und Sonntagsarbeit geregelt. Für erstere wurden Zuschläge von 25 bis 50 Proz., für letztere fast immer von 100 Proz. festgesetzt. Die Gültigkeitsdauer der Tarifverträge ist im allgemeinen kürzer, als es bei uns üblich ist. Am häufigsten (in 77 Fällen) dauerte sie 2 Jahre, in 63 Fällen 3 Jahre. Auf 5 Jahre und mehr wurden nur 8 Verträge abgeschlossen. Die Einsetzung von Einigungs- und Schiedsgerichtsinstanzen war außerordentlich selten. Nur in 45 von 448 Verträgen war das der Fall, ein Umstand, der infolgedessen bemerkens-wert ist, als die einigungsamtliche Tätigkeit, die bei uns Gewerbeämtern ausüben, in Oesterreich nicht im gleichen Umfang anzutreffen ist.

Submissionswesen und Arbeitsbedingungen. Das Submissionswesen vermag, je nach der Art seiner Regelung, zu einer Verschlechterung oder zu einer Verbesserung der Lage der arbeitenden Massen beizutragen. Seitdem man dies erkannt hat, ist es das ständige Bemühen der Arbeiterklasse gewesen, dem Submissionswesen eine solche Gestalt zu geben, daß es im Sinne der Verbesserung der Arbeitsver-

hältnisse, jedenfalls nicht im Sinne eines Druckes auf die Arbeitsbedingungen wirken solle. Die neueste Veröffentlichung des kaiserl. Statistischen Amtes: „Die Regelung des Arbeitsverhältnisses bei Vergabe öffentlicher Arbeiten“ stellt über die Ergebnisse dieses Strebes ein reiches Material zusammen. Sehen wir ab von den behördlichen Vor-schriften über das Submissionswesen an sich und den daran sich knüpfenden Streitfragen, so finden wir hinsichtlich der Arbeitsbedingungen bei den aus-zuführenden öffentlichen Arbeiten eine allmählich zunehmende Tendenz zur Berücksichtigung der Inter-essen der Arbeiter in den Submissionsbedingungen — freilich in einigen auswärtigen Ländern, namentlich England und seinen Kolonien in erheblich stärkerem Maße als in Deutschland. Betrachten wir zunächst nur dieses, so erscheint als erste im Sinne des Arbeiterschutzes wirkende Anordnung eine Ver-fügung des preussischen Ministeriums der öffent-lichen Arbeiten von 1885, die der arbeitregenden Behörde die Kontrolle über richtige Erfüllung der von dem Unternehmer mit Handwerker und Ar-beitern vereinbarten Bedingungen überträgt, dem Unternehmer die Pflicht auferlegt, über die von ihm abgeschlossenen Werk- und Dienstverträge jederzeit auf Erfordern Auskunft zu erteilen; die ferner dem Unternehmer zur etwa notwendigen Beschaffung des Unterkommens der Arbeiter, Beistellung von Aborten u. a. verpflichtet. Im Falle der Gefährdung des Fortgangs der Arbeiten durch Nichterfüllung der Zahlungsverbindlichkeiten des Unternehmers wird der Behörde das Recht der Zahlung auf dessen Rech-nung vorbehalten. Weitere Verfügungen auch an-derer Ministerien aus den folgenden Jahren ver-pflichten zur Beschaffung von Verbandsmitteln und Arzneien, zur Erfüllung der gesetzlichen Vor-schriften über Arbeiterversicherung und (Ende 1899) zur Beschaffung langemessener Unterkunft und Ver-pflegung, sowie der Vorschriften des § 618 B. G.-B. über Schutz gegen Gefahren, Reinlichkeit und dergl.

Die von den Unternehmern, namentlich des Baugewerbes, verlangte Einführung der Streit-Hausel: Verlängerung der Frierungsfrist im Falle von Streiks und Ausperrungen, wurde von der Regierung bisher als allgemeine Regel zurückge-wiesen, aber von Fall zu Fall Entscheidung in Aus-sicht gestellt, „inwieweit der Zustand und die Sperre gerechtfertigten Grund bietet, den Unternehmer aus seinen Vertragspflichten zu entlassen, ihm eine Ver-längerung der Fristen zuzugestehen oder die ver-wirkte Vertragsstrafe nachzulassen.“ Den nach-geordneten Behörden wurde die gleiche wohlwollende Berücksichtigung der Unternehmer bei „unverschul-deten“ Lohnkämpfen zur Pflicht gemacht.

Auf Veranlassung des Abgeordnetenhauses (Frühjahr 1905) verfügte der Minister der öffent-lichen Arbeiten im Dezember 1905 die Zurückweisung solcher Unternehmer, von denen der ausschreibenden Behörde bekannt ist, daß sie ihren Verpflichtungen bei der Arbeiterversicherung nicht nachzukommen pflegen. Ein Antrag der freisinnigen Abgeordneten Rosenow und Dejer, wonach die Arbeiter nach Mög-lichkeit in die geschäftsfreie Zeit verlegt werden sollten, und Angebote solcher Unternehmer unber-ücksichtigt zu lassen sind, welche Löhne zahlen oder Arbeitsbedingungen stellen, die hinter den in ihrem Gewerbe üblichen Löhnen oder Arbeitsbedin-gungen zurückbleiben, hatte die Zustimmung des hohen Hauses so wenig wie die der Staatsregierung gefunden.

Einige andere Staaten, die nicht so sehr in Deutschland voran sind, haben auch auf diesem Ge-biet sozialpolitisch Wertvolles geschaffen. So be-stimmte Bayern neben der vorgunweisen Berück-sichtigung auch der ortsanfässigen und der in-ländischen Arbeiter (eine Berücksichtigung der be-treffenden Unternehmer kannte Preußen auch) die Ausschließung solcher Unternehmer, „von denen be-kannt ist, daß sie in ihren Betrieben eine über das übliche Maß hinausgehende Arbeitszeit eingeführt haben oder ihren Arbeitern Löhne zahlen, die hinter dem Durchschnittslohn der in dem Gewerbezweig üblichen Löhne erheblich zurückbleiben“.

Weiter geht Württemberg. Hier werden nicht nur die Lohnbrüder, wie in Bayern, ausgeschlossen — es wird auch bestimmt, „daß der Unternehmer an die von ihm angegebenen Arbeitslöhne und Ar-beitszeit oder, soweit Tarifgemeinschaften oder ähn-liche Vereinbarungen zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeiter bestehen, an die von diesen festgesetzten Arbeitsbedingungen gebunden sei.“ Württemberg hat damit zuerst der Tarifgemein-schaft amtliche Unterstützung gewährt und die Ar-beiterorganisation auch auf diesem Gebiete (seitens der Grubeninspektion geschieht es längst) anerkannt. Baden und Hessen haben ähnliche Bestimmungen wie Preußen mit Württemberg, die Kontrolle über die vom Unternehmer zu zahlenden Löhne und das Recht, Lohnzahlungen erforderlichenfalls auf Rech-nung des säumigen Unternehmers zu leisten. Sonst

hat Hessen noch die Berücksichtigung des Buchdrucker-tarifs.

Das Königreich Sachsen macht den Bauarbeitern keine Mühe. Von dort sind, wie kurz gesagt wird, „Bestimmungen zum Schutze der von den Sub-mittenten beschäftigten Arbeiter nicht bekannt ge-worden.“ Die Vorschriften für die Betriebe des Reiches stimmen mit denen Preußens im wesent-lichen überein. Die Streikklausel findet sich bei keinem der Genannten als allgemeine Regel. Ebenso sind ja bekanntlich auch die Anträge der organisierten Sattler, Mützenmacher u. a. auf Ausschluß der die Heimarbeit ausübenden Unternehmer nirgends berücksichtigt.

Zusammenfassend stellt der Bericht das Be-streben fest, die ursprünglich vom rein finanziellen Gesichtspunkte beherzigten Submissionsbedingungen nach der sozialpolitischen Seite auszugestalten. „Die bisher vorhandenen Ansätze blieben mit einigen Aus-nahmen im allgemeinen hinter dem Vorgehen des Auslandes zurück, wenigstens soweit es sich um Ein-wirkung auf Arbeitszeit und Arbeitslohn handelt. Soweit hygienische Gesichtspunkte in Frage kommen, gehen die deutschen Vorschriften vielfach weiter als die ausländischen.“

Statistische Daten zur Gewerkschaftsbewegung in Rußland. Die Nr. 9 des „Gewerkschaftsanzeigers“ bringt einige statistische Daten zur Gewerkschafts-bewegung in Rußland. Zur Charakteristik der Ge-werkschaften wird in nachfolgender Tabelle die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im Verhältnis zur Ge-samtzahl der Arbeiter des betreffenden Gewerbes gebracht. Leider wird der Wert dieser Aufstellung dadurch beeinträchtigt, daß letztere Daten den Resul-taten der letzten Volks- und Berufszählung im Jahre 1897 entnommen werden mußten:

	Gesamt-zahl	orga-nisiert	Proz.
1. Bergbau	229 000	2 475	1,0
2. Holzbearbeitungsindust.	410 000	9 927	2,4
3. Lederindustrie	154 000	12 066	7,1
4. Metallindustrie	625 000	54 173	8,6
5. Bekleidungsindustrie	1 158 000	14 402	1,2
6. Druckereigewerbe	60 000	28 654	43,0
7. Baugewerbe	717 000	12 396	1,7
8. Lebensmittelindustrie	344 000	24 848	7,2
9. Textilindustrie	960 000	37 214	3,9
10. Handel und Bedienung	1 495 000	32 475	2,2
11. Sonstige Gewerbe	—	17 005	—
	7 043 000	245 335	3,5

Singu kommen noch zwei ungeheuerer Gruppen von Arbeitern: Transportarbeiter (715 000), von denen bloß die Eisenbahner einigermaßen organi-siert sind (0,9 Proz.), und Landarbeiter (2 722 000), deren Organisationen bestenfalls wäh-rend der Sommerzeit existieren, ohne jedoch bedeu-tende Höhe zu erlangen. Die Organisation ge-nannter Gruppen wird ungeheuer erschwert durch die Zucht-hausgesetzte vom 15. Dezember 1905 und der 28. April 1906, welche die Streiks und Verbände der Transport- und Landarbeiter mit den härtesten Strafen bedrohen.

In den einzelnen Gewerben tritt die charakte-ristische Tendenz zutage, die Abspaltungen nach einzelnen engeren Spezialitäten möglichst vermei-dend, Verbände zu bilden, welche alle Arbeiter des betreffenden Gewerbes umschließen. So zählen die allgemeinen Holzarbeiterverbände 57 Proz., die Meta-llarbeiterverbände 80 Proz., Druckerarbeiterver-bände 93 Proz., Bauarbeiterverbände 88 Proz., Textilarbeiterverbände 96 Proz. aller organisierten Arbeiter dieser Gewerbe. Alles weist darauf hin, daß dieser Prozeß der Vereinigung nicht nach klei-nen Spezialitäten, sondern nach ganzen Ge-werben, im Wachsen begriffen ist.

Wie aus angeführtem ersichtlich ist, steht die Gewerkschaftsbewegung in Rußland noch in ihren Anfängen. Trotzdem aber hat sie auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes schon Bedeutendes ge-leistet. Der Zusammenschluß der breitesten Schichten der russischen Arbeiterschaft auf dem Boden der gewerkschaftlichen Organisation ist bloß eine Frage der nächsten Zukunft.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Der Verband der Tabakarbeiter sieht sich ver-anlaßt, die Hilfe der organisierten Arbeiterschaft in den Kämpfen, die er um Verbesserung der Lebens-haltung der Tabakarbeiter zu führen genötigt ist, in Anspruch zu nehmen.

Seit der Ausperrung der 4000 Zigaretten-arbeiter und Arbeiterinnen im Juni 1905, in Dres-den, hat der Verband ununterbrochen Kämpfe zu führen und Angriffe der Unternehmer abzuwehren gehabt. Die Zigarettensteuer wurde vielfach von den Unternehmern benutzt, die ohnehin erbärm-lichen Löhne der Arbeiterschaft der Zigaretten-industrie noch weiter herabzudrücken. Die Zollgesetz-

gebung, die eine Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel zur Folge hatte, traf die Arbeiter der Tabakindustrie weit härter noch, als die übrige Arbeiterschaft, weil in dieser Industrie die Löhne am niedrigsten sind und infolge der Hausindustrie und des Verlegens der Tabakfabriken auf das flache Land die Widerstandskraft der Arbeiter nur sehr gering ist.

Der Vorstand des Tabakarbeiterverbandes versuchte nun, um weite Schichten der Arbeiterschaft der Tabakindustrie vor vollständiger Degeneration zu bewahren, in den Bezirken, in welchen die erbärmlichsten Löhne gezahlt werden, eine Lohn-erhöhung durchzusetzen. Aber nicht nur, daß jeder Pfennig Lohn-erhöhung durch langandauernde Streiks erkämpft werden mußte, wodurch die finanziellen Mittel des Verbandes auf das äußerste in Anspruch genommen wurden, suchten die Unternehmer das Drängen der Tabakarbeiter nach einem menschenwürdigen Gesein durch Ausperrungen abzuwehren. So sind seit 5 Wochen 1100 Arbeiter und Arbeiterinnen in Gießen ausgesperrt und verlangen die Unternehmer nicht geringeres, als den Austritt der Ausgesperrten aus dem Verband der Tabakarbeiter. Preisgabe der Organisation, welche allein in der Lage ist, den ungeheuren Schaden, den die Zoll-gesetzgebung der Arbeiterschaft der Tabakindustrie gebracht hat, einigermaßen herabzumindein, verlangt das Unternehmertum.

Neben dieser Aussperrung hat der Verband noch in 15 Orten Kämpfe zu führen und ist das Verlangen des Vorstandes, hierbei von der gesamten organisierten Arbeiterschaft unterstützt zu werden, deshalb durchaus berechtigt.

Nachdem die Mehrheit der Vorstände der Zentralverbände der Aufschiebung einer Sammlung zugestimmt hat, richten wir an die organisierte Arbeiterschaft die Bitte, Beiträge zur Unterstützung der im Kampfe befindlichen Tabakarbeiter leisten zu wollen.

Die Unterstützungsbeträge sind gemäß den in Köln getroffenen Bestimmungen nicht an die im Kampfe befindliche Organisation, sondern an die Generalkommission zu senden und bitten wir für die Sendung folgende Adresse zu benutzen:
Adresse: S. Kube, Berlin SO. 16, Engelufer 15 IV.

Ueber die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden den Einsendern nicht zugestellt.

Mit Gruß
Die Generalkommission der Gewerkschaften
Deutschlands.
E. Legien.

An die Verbandsdelegierten!

Sämtliche bestellten Bilder vom Verbandstag, sowie vom internationalen Kongreß sind abgefaßt worden. Sollten noch delegierte Kollegen oder Zahlstellen auf eines der Bilder reflektieren, ersuchen wir um baldigste Bestellung und Einsendung des Betrages von 1,80 Mk. pro Stück.

Die Lokalkommission vom 10. Verbandstag.
J. A.: Friß (Strohe, Nürnberg, Schottengasse 5 (Schottenkloster)).

Fragekasten.

Einer unserer Kollegen bittet um Beantwortung nachstehender Fragen:

- 1. Wie erzielt man einen guten Aluminium-schnitt?
- 2. Wie verhütet man das Kleben von Kunst-druckpapier bei Kofschnitt?

Literarisches.

Soeben beginnt der 2. Halbjahrgang der illustrierten Romanbibliothek „In Freien Stunden“ zu erscheinen. Derselbe bringt als Hauptroman Joh. Scherr's historische Novelle „Die Pilger der Wildnis“, eine Erzählung, die man mit Recht als das interessanteste Erzeugnis dieser Art bezeichnen kann. Daneben bringen die Hefte eine Erzählung der berühmten schwedischen Schriftstellerin Selma Lagerlöf, „Die Herrenhoffage“, sowie ein kleines Feuilleton, enthaltend Unterhaltendes und Belchrendes, Witz und Scherz. — „In Freien Stunden“ erscheinen in Wochenheften a 10 Pf. = 12 Heller = 15 Cent., und können die Hefte in jeder Parteibuchhandlung und bei jedem Kolporteur bestellt werden. Ebenfalls

nimmt jede Postanstalt Bestellungen entgegen. Preis pro Quartal 1,20 Mk. expl. Bestellgeb.

„Blut und Eisen.“ Ueber Militarismus, Krieg und Kriegertum und dessen verderblichen Einfluß auf das Kulturleben der Völker in alter und neuer Zeit beleuchtet uns das von der Buchhandlung Vorwärts unter obigem Titel herausgegebene Werk, in dessen Vorwort der Verfasser sagt:

... Aus all dem können wir lernen, daß die Sozialdemokratie auf dem richtigen Wege ist, wenn sie den Militarismus, nicht nur insoweit er eine der Arbeiterklasse feindliche Macht, sondern auch insoweit er ein Wehrprinzip ist, bekämpft und eine volkstümliche, demokratische Wehrverfassung fordert. Die Sozialdemokratie will das stehende Heer durch eine Volksmiliz ersetzen. Ein auf demokratischer Grundlage stehendes Volksheer schützt die Nation vor dem Kriege, denn für die frivolsten, weltpolitischen Abenteuer der kapitalistischen Profitgier ist es ein höchst untaugliches Instrument. Es schützt aber auch die Nation besser als der Militarismus im Kriege, wenn es ein Kampf um die Existenz und Selbstständigkeit des Volkes ist.

Diese Lehre zu festigen, ist der Zweck dieses Werkes.

In jeder Woche erscheint eine reich illustrierte Lieferung zum Preise von 20 Pf. (in Oesterreich 24 Heller), die durch jede Buchhandlung bezogen und von Kolporturen geliefert wird.

„Kommunale Praxis.“ Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Die „Kommunale Praxis“ behandelt in ihrer neuesten Nummer die Aussichten, die der Ministerwechsel im Reich und in Preußen für die deutsche Kommunalpolitik eröffnet. Sie kommt dabei zu einem eingehend begründeten recht ungünstigen Resultat. — Die interessante Frage, ob die Apotheken besser verstaatlicht oder kommunalisiert würden, behandelt an der Hand eines reichhaltigen Materials Friedrich Kleis.

Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich und kostet vierteljährlich nur 2,50 Mk. Probenummern sind jederzeit kostenlos vom Verlag, Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu beziehen.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hllsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungssitte Dresden.
Sonabend, den 27. Juli 1907, abends 9 Uhr, Restaurant „Zum Gensefelder“, Raulbachstr. 10.

Vierteljähr. Hauptversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Rassenbericht.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen wünscht
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungssitte Hannover.
Sonabend, 20. Juli, 7/9 Uhr abends, im Kassenlokal:

Vierteljähr. Hauptversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Rassenbericht.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungssitte Nürnberg.
Dienstag, den 23. Juli 1907, abends 7/9 Uhr, in der Restauration „Wartburg“, Nebenzimmer:

Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Rassenbericht.
3. Wahl der Gesamtverwaltung.
4. Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungssitte Reutlingen.
Samstag, den 20. Juli, im Lokal Kaiserhalle:

Hauptversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Rassenbericht.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen wünscht
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungssitte Stuttgart.
Samstag, den 27. Juli, abds. 8 1/2 Uhr:

Hauptversammlung
im Gewerkschaftshaus, Pfingsterstraße, Saal 8.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Rassenbericht.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Tücht. Etuisarbeiter und ein Einpasser

für Bijouterie und Etalagen bei hohem Lohn und dauernder Stellung nach Frankfurt a. M. gesucht. Reise bezw. Umzug vergütet. Off. unter F. D. C. 9511 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M. [331]

Tüchtige Etuisarbeiter und Etuistischerler
sogleich gesucht [329]
Hermann Schulze, Etuisfabrik, Silenburger bei Leipzig.

Wir suchen einen absolut zuverlässigen Presser für die Farbdruckpresse, der auch einrichten kann. Solche, die bereits auf Postkartenalben gearbeitet haben, werden bevorzugt. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an
Graphia G. m. b. H., Kunstanstalten 2, — und Druckerei, [332] München, Rymphenburgerstr. 125/127.

Nach wie vor
am schnellsten

erhalten Buchbinder Stellen in ganz Deutschland durch den Kostenfreien Arbeitsnachweis von

O. Th. Winckler Leipzig
Seeburgstrasse 47,

weil die Liste derjenigen Meister, die Gehilfen suchen,

täglich

erscheint. Diese Liste wird allen anfragenden Buchbindergehilfen vollständig kostenfrei zugesandt.

Bekannt

ist in aller Welt, daß die Werkzeuge mit dem Stempel **F. Klement, Leipzig**, in den meisten Werkstätten mit Vorliebe und höchstem Erfolg benutzt werden. [180]

Einige Exemplare von
Die Entwicklung und Geburt des Menschen

von Dr. med. Rich. Flamm, mit 280 naturgetreuen Abbildungen. Preis 5 Mk., mit zerlegbarem Modell des menschl. Körpers 6 Mk. Versand nur gegen Voreinsendung des Betrages per Postanweisung an **Paul Simon, Konstanz**, Bodanpl. 6 III. Günst. Gelegen. f. Zahlstellen-Bibliothek.

Der neue Lohn tarif für Buchbinder - Arbeiten,

ausgearbeitet und herausgegeben von der gemeinsamen Tarif-Kommission des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer und des Deutschen Buchbinder-Verbandes ist erschienen. Zu beziehen durch die Expedition der Buchbinder-Zeitung. Preis pro Exemplar für Mitglieder 0,85 Mk. inkl. Porto, für Nichtmitglieder 3,— Mk.

Der Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten,

mit Genehmigung des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer, herausgegeben von der Tarifkommission d. Gehilfen, ist ebenfalls durch die Expedition der Buchbinder-Zeitung zu beziehen. Preis p. Expl. 25 Pf. inkl. Porto, für Nichtmitgl. 50 Pf.

Der Berliner Sonder tarif
ist zum Preise von 30 Pf. pro Exemplar inkl. Tabelle auf dem Bureau der Zahlstelle Berlin, Engel-Platz 15, Zimmer 21, zu haben. Preis für Nichtmitglieder 1 Mk.